

# Antrag Nr. 19-F-08-0023

## L&P

---

### Betreff:

Unbedrängten und diskriminierungsfreien Zugang zur Beratungsstelle von pro familia gewährleisten  
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 14.03.2019 -

### Antragstext:

Bereits 2018 fanden in unmittelbarer Nähe der Schwangerschaftsberatungsstelle von pro familia in Wiesbaden „Mahnwachen“ genannte Aktionen von selbsternannten „Lebensschützern“ statt, die den freien Zugang von Frauen zur Beratungsstelle erschwerten. Die betroffenen Frauen waren durch diese Aktionen unmittelbar in ihrem allgemeinen Persönlichkeitsrecht nach Art. 1 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 2 Abs.1 GG betroffen. Solche Aktionen wurden bereits auch für die „Fastenzeit“ 2019 angekündigt. Auch wenn die so genannten „Lebensschützer“ für sich die Demonstrationfreiheit in Anspruch nehmen, ist das Persönlichkeitsrecht der betroffenen Frauen zu schützen. Eine vergleichsweise gering bemessene Schutzzone von 150 Metern würde dem Demonstrationsrecht Genüge tragen und den betroffenen Frauen einen diskriminierungsfreien Zugang zur Beratungsstelle ermöglichen.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat möge dafür Sorge tragen, dass der diskriminierungsfreie und unbedrängte Zugang zur Beratungsstelle von pro familia in Wiesbaden durch eine (150 Meter bemessende) „Schutzzone“ gesichert wird, für den Fall, dass in diesem Bereich Aktionen stattfinden bzw. angemeldet werden, die einen diskriminierungsfreien Zugang gefährden.

Wiesbaden, 15.03.2019

gez. Mechthilde Coigné  
Stadtverordnete

f.d.R. Evelyn Zell  
Fraktionsassistentin